

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

17. – 24. November 2023

Bereits am 4. März 2024 soll der Kongress aus Senat und Nationalversammlung zusammentreten, um über die Festschreibung des Abtreibungsrecht in der französischen Verfassung abzustimmen. Ein Entwurf des Verfassungsgesetzes soll am 13. Dezember im Ministerrat vorgelegt werden. Um auf parlamentarischem Weg angenommen zu werden, muss eine Verfassungsänderung von der Nationalversammlung und dem Senat im gleichen Wortlaut gebilligt werden und anschließend eine Dreifünftelmehrheit des gesamten Parlaments, das zu einem Kongress zusammenkommt, erhalten.

Frankreich hat nach Angaben des Verteidigungsministeriums erfolgreich eine ballistische Langstreckenrakete getestet. Die nicht mit Sprengköpfen bestückte M51.3 ist in Biscarrosse im Südwesten Frankreichs abgeschossen worden und im Nordatlantik niedergegangen, so das Ministerium. Die Aufrechterhaltung der atomaren Abschreckungsmacht Frankreichs sei angesichts der internationalen Entwicklungen notwendig.

Premierministerin Elisabeth Borne besuchte am 21. November das Europäische Parlament in Straßburg, um an der Einweihungsfeier des Simone-Veil-Gebäudes im Europäischen Parlament teilzunehmen. Sie wurde von Parlamentspräsidentin Roberta Metsola empfangen. Spekulationen, das sie als Spitzenkandidatin der Renaissance-Partei bei den Europawahlen antreten will, dementierte sie. Stéphane Séjourné, Vorsitzender der Renaissance-Partei im Europaparlament, EU-Kommissar Thierry Breton sowie Laurence Boone, Staatssekretärin für Europa, die alle an der Einweihung teilnahmen, werden derzeit ebenfalls als Spitzenkandidaten für Renaissance gehandelt.

Eine tödliche Messerattacke auf einem Dorffest in Frankreich wird zum Politikum. Ein 16 Jahre alter Junge erlag nach einem Angriff von Jugendlichen aus einer Sozialbausiedlung seinen Verletzungen. Über das Motiv der Angreifer herrscht Unklarheit. Die Staatsanwaltschaft in Valence ermittelt wegen Mordes und versuchten Mordes in einer kriminellen Vereinigung. Marion Maréchal, die Enkelin des Front-National-Gründers Le Pen, sprach von einer „barbarischen Meute“, die das Dorf überfallen habe. Es handele sich um „Rassismus gegen Weiße“. Innenminister Gérard Darmanin beklagte die „Verrohung der Gesellschaft“.

Im Scheinbeschäftigungsprozess gegen François Bayrou, Vorsitzender der MoDem-Partei und Hoher Kommissar für Haushaltsfragen, sowie zehn weitere Führungskräfte der Parteien UDF und MoDem wurde eine Urteilsverkündung für den 5. Februar 2023 angekündigt. Bayrou wird verdächtigt, der „Entscheidungsträger eines betrügerischen Systems“ gewesen zu sein, das zwischen 2005 und 2017 darin bestand, EU-Gelder zu verwenden, um parlamentarische Assistenten zu bezahlen, die in Wirklichkeit für die Parteien in Frankreich arbeiteten. Die Staatsanwaltschaft plädierte am 21. November auf 30 Monate Gefängnis auf Bewährung, 70.000 Euro Geldstrafe und drei Jahre Nichtwählbarkeit auf Bewährung für François Bayrou. Gegen die anderen Angeklagten forderte die Staatsanwaltschaft Strafen zwischen 8 und 20 Monaten Haft auf Bewährung und 10.000 bis 30.000 Euro Geldstrafe, wobei die Nichtwählbarkeit ebenfalls auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Siebzehn Millionen Liter abgefülltes Wasser werden seit dem 20. November jeden Monat kostenlos in Mayotte verteilt. Im Überseedépartement Mayotte fließt derzeit nur an zwei Tagen in der Woche Wasser aus dem Hahn. Wasserflaschen werden nun aus Kontinentalfrankreich sowie von den Nachbarinseln La Réunion und Mauritius per Containerschiffen geliefert. Die Verteilung an die Bevölkerung, die auf 330.000 Einwohner geschätzt wird, wird von der Regierung als „außergewöhnliche“ logistische Operation dargestellt, für die fast 200 Soldaten des Zivilschutzes und der Feuerwehr mobilisiert werden.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat am 21. November Vertreter von rund 100 klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Elysée-Palast empfangen. Macron stellte gemeinsam mit der verantwortlichen Ministerin Olivia Grégoire ein neues Programm zur Unterstützung von KMU im Ausland vor. Ziel ist die Erhöhung des Exportanteils der KMU und Erschließung neuer Märkte auf internationaler Ebene. Laut Angaben der Regierung stellen französischen KMU derzeit lediglich 2% des Exportanteils dar.

Das Département Meurthe-et-Moselle wird ab dem ersten Halbjahr 2024 ein „Selbstständigkeitseinkommen für Jugendliche“ in Höhe von 500 Euro für Personen zwischen 16 und 25 Jahren erproben. Diese finanzielle Unterstützung, die nach sozialen Kriterien jungen Menschen mit „geringem oder keinem Einkommen“ zugänglich ist und nicht für andere Hilfen, wie z.B. dem französischen Bafög kumulierbar ist, wird über einen Zeitraum von sechs Monaten ausgezahlt, der einmal verlängert werden kann. Das Experiment soll drei Jahre dauern. Für den Start wird 1 Million Euro für das Projekt bereitgestellt. Das Département hofft auf eine finanzielle Unterstützung durch den Staat, insbesondere über den Solidaritätsfonds.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Ohne Gegenkandidatur wurde der Bürgermeister von Cannes, David Lisnard (Les Républicains), am 22. November mit fast 92% der abgegebenen Stimmen für eine zweite Amtszeit als Vorsitzender der Vereinigung der Bürgermeister Frankreichs (AMF) wiedergewählt. Lisnard bekundet bereits in der Vergangenheit Interesse an einer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2027.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Stadt Paris hat am 22. November bei der Vorstellung ihres Klimaplanes 2024-2030 ihre Absicht angekündigt, die Geschwindigkeit auf dem Stadtring „Périphérique“ nach den Olympischen Spielen auf **50 km/h** zu beschränken. Die Ankündigung dieser erheblichen Geschwindigkeitsreduzierung um 20km/h geht einher mit anderen Maßnahmen für die Ringstraße, die bereits früher angekündigt wurden, wie z. B. die dauerhafte Einrichtung einer Spur für Fahrgemeinschaften und den öffentlichen Nahverkehr. Ziel ist es, „die Luftqualität zu verbessern, die Lärmbelastigung zu verringern, Staus abzubauen und den Kraftstoffverbrauch zu senken“.